

In der Schwebe

Eigentlich hätte bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe der Bundeshaushalt 2024 schon vom Bundestag verabschiedet sein sollen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds hat jedoch einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Die Reparaturarbeiten am Entwurf des Bundeshaushalts für 2024 zogen sich bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe am 30. November noch hin. Einiges deutete zu diesem Zeitpunkt darauf hin, dass sich die Verabschiedung bis ins neue Jahr hinzieht.

Auf der Kippe stehen vor allem zahlreiche Förderprogramme, die ursprünglich aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) finanziert werden sollten, dem aber aufgrund des Karlsruher Urteils ein beträchtlicher Teil der Finanzierungsgrundlage entzogen worden ist. Die Binnenschifffahrt und die Wasserstraßen betrifft das zwar nicht unmittelbar, weil alle Fördermittel und Ausgaben für die Infrastruktur im Kernhaushalt des Bundesverkehrsministeriums (BMDV) verankert sind. Die Regierung steht aber jetzt vor der Frage, welche Ausgabenposten aus dem KTF in die Haushalte der einzelnen Ministerien überführt werden können und welche Ausgaben teilweise oder ganz gestrichen werden müssen. Das kann auch dazu führen, dass Haushaltstitel im Kernhaushalt gekürzt werden. Direkt trifft das Finanzierungsdesaster im KTF Schiene und Straße. Unter anderem sind diese Posten betroffen:

- » Investitionen in die DB-Infrastruktur: vier Milliarden Euro allein 2024, weitere 8,5 Milliarden in den Folgejahren bis 2027.
- » Zuschüsse zur Errichtung von Tank- und Ladeinfrastruktur: 2,2 Milliarden Euro 2024, davon 198 Millionen für betriebliche Ladeinfrastruktur
- » Förderprogramm für klimaschonende Nutzfahrzeuge und zugehörige Infrastruktur: 624 Millionen Euro allein 2024
- » Entwicklung regenerativer Kraftstoffe: 84 Millionen Euro 2024 und 229 Millionen Euro in den drei Folgejahren
- » Förderung von Erzeugungsanlagen für strombasierte Kraftstoffe, speziell Wasserstoff: 51 Millionen Euro 2024 und weitere dreistellige Millionenbeträge bis 2027.

Tatsächliche KTF-Finanzlücke schwer einzuschätzen

An der Frage, wie viel Geld im KTF jetzt tatsächlich fehlt, beißen sich selbst Haushaltsexperten die Zähne aus. Die eigenen Einnahmen des KTF setzen sich aus Versteigerungserlösen aus dem CO₂-Emissionshandel und dem CO₂-Aufschlag gemäß Brennstoffemissionshandelsgesetz auf fossile Heiz- und Kraftstoffe zusammen. Das sind insgesamt rund 19 Milliarden Euro. Weitere neun Milliarden Euro sind als „globale Mehreinnahme“ verbucht, also unverhoffte Zusatzeinnahmen im Jahresverlauf, zum Beispiel durch höhere Preise für CO₂-Emissionszertifikate. Das geplante Gesamt-Ausgabenvolumen für Förderungen beträgt aber 58 Milliarden Euro. Die Finanzierungslücke sollte aus der Rücklage gestopft werden. Von den für Anfang 2024 eingeplanten 70,7 Milliarden Euro in der Rücklage sind nach dem Karlsruher Urteil aber nur noch 10,7 Milliarden übrig.

Wie hoch die Finanzierungslücke tatsächlich ausfällt, hängt auch davon ab, ob die bereitgestellten Fördermittel tatsächlich abgerufen werden. 2022 floss von den eingeplanten 28 Milliarden Euro Fördermitteln gerade einmal knapp die Hälfte ab. Nach verschiedenen Schätzungen könnte sich für 2024 eine tatsächliche Lücke von „nur“ 18 bis 19 Milliarden Euro ergeben. Aber schon dafür reicht die verbliebene Rücklage von 10,7 Milliarden Euro nicht aus.

Eine noch größere Herausforderung als die Mittel für 2024 sind die sogenannten Verpflichtungsermächtigungen (VE), mit denen die Ministerien ermächtigt werden, Zahlungsverpflichtungen für kommende Haushaltsjahre einzugehen – das sind allein bis Ende 2027 gut 32 Milliarden Euro. Die Differenz aus Einnahmen und Ausgaben sollte bis dahin laut Finanzplan ebenfalls aus der Rücklage gedeckt werden.

Matthias Roeser

Anzeige

REEDEREI JAEGERS

CHEMGAS SHIPPING

Wir gehen für Sie auf Nummer sicher!



www.reederei-jaegers.de

Telefon in Deutschland +49-2066-207-0 und in den Niederlanden für Flüssiggastransporte +31-10-241-22-22



www.chemgas.nl